

Arbeitsprogramm 2010

JungsozialistInnen in der SPD



Unterbezirk Bremen-Stadt

Beschlossen von der Jahreshauptversammlung
der Jusos Bremen-Stadt,
30. Januar 2010

1. Inhaltliche Arbeit und zentrale Politikfelder

Inhaltlich werden klassische Juso-Themen wie Schul- und Hochschulpolitik selbstverständlich Eingang finden. Die Behandlung der Reformen im Bildungsbereich und ihrer Auswirkungen ist für uns von zentraler Bedeutung. Dies gilt auch für den Bereich der frühkindlichen Bildung. Hier werden durch den Kita-Ausbau zur Zeit Weichen gestellt, die es im Hinblick auf Qualität, Trägerstruktur und sozial gerechte Verteilung auf die Stadtteile im Auge zu behalten gilt. Weiter werden wir die Probleme der Auszubildenden intensiv begleiten. Während sich die ArbeitgeberInnenverbände mit immer besser scheinenden Ausbildungsstatistiken brüsten, werden mittlerweile zwei Drittel der Auszubildenden am Ende ihrer Lehre nicht übernommen. Diese Situation ist für die Jusos nicht hinnehmbar.

Zweitens werden aktuelle Inhalte unsere Arbeit kennzeichnen. Ein Gebiet ist insbesondere das neue Wahlrecht zur Bremischen Bürgerschaft. Dieses wird den Wahlkampf 2011 im großen Maße verändern. Die Jusos werden sich zeitnah auf einer Mitgliederversammlung über das neue Wahlrecht informieren und daraus Schlüsse für ihre zukünftige Arbeit ziehen. Weiter ist für uns die zunehmende Einschränkung bürgerlicher Freiheitsrechte nicht akzeptabel. Aufweichungen des Datenschutzes, insbesondere für ArbeitnehmerInnen, Netzsperrungen sowie Vorratsdatenspeicherung und weitere Maßnahmen unter dem Deckmantel der Terrorismusbekämpfung werden wir nicht aus den Augen verlieren. Die Arbeit der schwarz-gelben Bundesregierung werden wir kritisch begleiten. Die Jusos sehen mit Schrecken auf die Auswirkungen des sogenannten ‚Wachstumsbeschleunigungsgesetzes‘. Es privilegiert Erben, UnternehmerInnen und HotelbesitzerInnen sowie einkommensstarke Familien. Union und FDP fördern somit in fahrlässiger Weise die soziale Spaltung der Gesellschaft und untergraben die Struktur unseres Gemeinwesens. Die Steuerausfälle in den Ländern und Kommunen sind massiv und werden insbesondere Bremen belasten. Im Hinblick auf die ab 2020 geltende Schuldenbremse muss hier gesagt werden, dass durch eine marktradikale Regierung absichtlich die Handlungsfähigkeit des Staates torpediert wird. Dieses Gesetz beschleunigt einzig die Armut. Ihm sollen weitere Steuersenkungen auf Pump folgen, um den durch die FDP scheinbar sehr weitläufig definierten „Mittelstand“ zu entlasten. Dieser Entwicklung werden wir begegnen und lautstark gegen Umverteilung von unten nach oben eintreten.

Die Wirtschaftskrise und ihre Verwerfungen haben wir nicht vergessen. Deutschland hat kaum Vorkehrungen getroffen, um künftige Krisen dieses Ausmaßes zu verhindern. Die Bankenrettung war ökonomische Erpressung - Gewinne zu privatisieren und Verluste zu sozialisieren darf es nicht wieder geben. Die Jusos treten für eine Neubewertung und Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse, die nach wie von ökonomischen Sachverhalten geprägt sind, ein. Konkret fordern wir weiterhin strengere Regeln für die internationalen Finanzmärkte, die Einführung einer weltweiten Börsenumsatzsteuer und das Verbot unproduktiver und hochriskanter Finanzprodukte wie Derivaten. Im Rahmen der Wirtschaftskrise ist die große Entlassungswelle erst noch zu erwarten. Wir werden uns daher auch mit der Situation der Beschäftigten in Bremen beschäftigen und, wo möglich und sinnvoll, Unterstützungsmaßnahmen ergreifen.

"Gute Arbeit" ist für uns nach wie vor ein zentrales Thema. Flächendeckende Mindestlöhne müssen durchgesetzt werden. Menschen müssen von ihrer Arbeit leben können. Wir wollen nicht, dass Männer und Frauen, die einen Vollzeitjob ausüben, zusätzlich staatliche Leistungen beantragen müssen. Das ist menschenunwürdig. Arbeitslosigkeit ist kein Problem des Individuums, sondern ein gesellschaftliches Problem, das als solches anerkannt und behandelt werden muss. Im Bereich der Sozialsysteme sind erneute Reformen unausweichlich. Wenn gleichzeitig private Altersvorsorge gepredigt, weil die gesetzliche Rente angeblich nicht mehr bezahlbar sei und die Empfänger von ALG II gleichzeitig gezwungen werden, ihre Rentensparnisse aufzubrechen, muss dies einer/m Betroffenen wie Hohn vorkommen. Wir unterstützen die Forderung des Senats, die BAGiS zu erhalten. Die CDU und ihrer Starrhalsigkeit ist es zu verdanken, wenn zukünftig Leistungsempfänger wieder mit jedem Antrag zu zwei Behörden laufen müssen. Auch das neben dem Fördern oft vernachlässigte Fördern beim (Wieder-)Einstieg in den Arbeitsmarkt, bei dem die FDP weiter finanziell kürzen will, wird hierunter leiden. In diesem Zusammenhang ist uns das Thema Armut und im speziellen Kinderarmut wichtig. Hier darf nicht aus den Augen verloren werden, dass Armut nicht nur Hartz IV-EmpfängerInnen betrifft und gerade Kinder betroffen sind. Daher ist eine Forderung, sofort kindgerechte Regelsätze für die BezieherInnen einzusetzen. Kinderarmut untergräbt massiv die Anstrengungen für gesellschaftliche Chancengleichheit. Gerade im Bezug darauf sehen wir die Elitenförderung der der schwarz-gelben Bundesregierung kritisch.

Die Bremer Jusos verurteilen den eingeschlagenen Kurs der schwarz-gelben Bundesregierung in der Umwelt- und Energiepolitik. Die in den Medien getitelte „Umweltkanzlerin“ schickt sich nicht an, endlich für die Wirtschaft und Industrie verbindliche Regulierungen aufzustellen, um dem Klimawandel entgegenzutreten. Stattdessen wird den Unternehmen die Möglichkeit eingeräumt, auf freiwilliger Basis die Emissionen herunterzufahren. Das negative Ergebnis des Weltklimagipfels wird mit populistischen Worthülsen beschönigt. Die uns folgenden Generationen haben nicht die Möglichkeit, heute begangene Fehler beim Umweltschutz und der Bekämpfung des Klimawandels rückgängig zu machen. Wir müssen daher unsere Energieversorgung auf eine neue, regenerative Grundlage stellen. Wer in diesem Zusammenhang Atomkraftwerke zu sogenannter CO²-neutraler Energie erklärt, um deren Laufzeitverlängerung zu rechtfertigen, vernachlässigt Sicherheitsaspekte und schiebt das Problem der Nutzung endlicher Rohstoffe ein weiteres Mal vor sich her. Wir fordern stattdessen, den von rot-grünen Atomausstieg endgültig durchzusetzen. Stattdessen kürzt die derzeitige Bundesregierung finanzielle Mittel für die Wissenschaft und Förderung regenerativer Energien. Hier wird eindeutig der falsche Weg eingeschlagen. Im neuen Jahr müssen deshalb auch verstärkt umweltpolitische Themen besetzt werden. Wir müssen auf die Lügen der CDU/FDP Regierung in der Umwelt- und Energiepolitik hinweisen und gleichzeitig die besseren Antworten einer umweltgerechten Energieversorgung für die Zukunft finden. Diese Antworten müssen auch über den Ausstieg aus der Atomenergie und der Nutzung und Förderung erneuerbarer Energieträger hinausgehen. Die Natur-, Umwelt- und Artenschutz muss in Deutschland und in Bremen eines der wichtigsten Themen bleiben. Damit Bremen auch weiterhin eine so lebenswerte Stadt bleibt, müssen wir Naturschutzgebiete erweitern und Umweltnormen erhöhen.

Selbstverständlich können und sollen die Mitglieder die Themen ihrer Versammlungen selbst bestimmen. Vorschläge sind daher ausdrücklich willkommen.

2. Arbeit mit und für die Mitglieder

Die Mitgliederversammlungen finden weiterhin 14-tägig statt. Ein Wechsel des Tagungsortes wird angestrebt. Für die inhaltlichen Themen werden vermehrt FachreferentInnen aus Bremen und der Bundespolitik eingeladen werden.

Die Arbeit mit den Mitgliedern wird auch außerhalb der Mitgliederversammlungen durch zusätzliche Angebote intensiviert werden. Die Gründung von Arbeitskreisen erweitert die Einbindung unserer Mitglieder und stellt auch für solche mit knappem Zeitbudget eine Option dar. In der Vergangenheit haben sich dauerhafte Arbeitskreise leider nicht als langlebig erwiesen. Daher wollen wir verstärkt auf Projektgruppen, d.h. zeitlich begrenzte Arbeitsgemeinschaften setzen, die mit einem konkreten Ergebnis abschließen. Der Vorstand wird auf Möglichkeiten für solche Projektgruppen achten und dementsprechende Bestrebungen, insbesondere aus den Reihen der Mitglieder, fördern. Beispielsweise kämen dafür Einzelprojekte aus dem Bereich der sozialistischen Grundbildung oder des Kampfes gegen den Faschismus in Frage. Konkret sollen das Erstellen eines Juso-Wahlprogramms (siehe hierzu Abschnitt 7) und die Durchführung eines Aufklärungsseminars gegen Rechts für Jugendliche in solchen Projektgruppen behandelt werden. Hier bietet sich allen Mitgliedern die Möglichkeit, ihre Interessen zu verwirklichen.

So schön unsere Hansestadt auch ist, wir wollen unseren Mitgliedern darüber hinausgehendes bieten. Der Vorstand wird in diesem Jahr eine Berlin-Fahrt mit Besichtigung des Deutschen Bundestages veranstalten. Bei Interesse werden gemeinsame Fahrten zu den Bundesparteitagen der SPD organisiert werden. Seit dem 27. September haben die Jusos eine Eintrittswelle zu verzeichnen. Diese darf nicht ungenutzt bleiben. Wir werden Neumitglieder besser betreuen, um Hemmschwellen zu überwinden. Die Jusos werden in naher Zukunft einen Neumitgliedertreff veranstalten, um kennenlernen zu ermöglichen und die Arbeit bei den Jusos vorzustellen. Die Aktivierung von Mitgliedern, die bereits längere Zeit bei den Jusos, aber inaktiv sind, ist genauso wichtig. Der Vorstand wird hierfür Vorgehensweisen erarbeiten. Für die Koordinierung der oben genannten Aufgaben wird ein/e Neumitgliederbeauftragte/r ernannt werden.

Die Feminisierung unseres Verbandes bleibt ein Ziel, für das wir Jusos entschlossen eintreten. Durch die Geschlechterquote wurde schon einiges erreicht, sodass bei den Jusos jährlich sehr viele weibliche Mitglieder aktiv engagiert und im Vorstand vertreten sind. Gerade in diesem Zusammenhang muss es Bestandteil unserer Arbeit bleiben, den negativ angehauchten Begriff der "Quotenfrau" zu entstärken, um die Arbeit von Frauen bei den Jusos und der SPD zu würdigen. Auch im kommenden Jahr werden wir uns daher im Rahmen unserer Mitgliederversammlungen mit den Chancen und Möglichkeiten von Frauen in der SPD auseinandersetzen. Um die Frauenbeteiligung innerhalb der Jusos weiter zu vergrößern, ist es erforderlich, die Interessen von jungen Frauen zu erkennen. Wir werden uns mit den Hindernissen und Ungerechtigkeiten, die für Frauen etwa im Wirtschaftsleben bestehen, beschäftigen und so Frauen verstärkt dazu anregen und

zu bestärken, sich bei den Jusos zu engagieren und sich vor allem auch für Wahlen aufzustellen.

3. SchülerInnen-Arbeit

Die Intensivierung der SchülerInnen-Arbeit wird mit Blick auf das neue Wahlrecht zur Bürgerschaft eine Schlüsselrolle bei der Gewinnung von ErstwählerInnen spielen. Die Bremische Schulpolitik bleibt zentraler Bestandteil unserer inhaltlichen Arbeit. Dazu wollen wir die Anliegen der SchülerInnen aufnehmen und in unsere Arbeit integrieren. Wir werden auch weiterhin genaustens darauf achten, dass das Ziel einer Schule für Alle nicht aus den Augen gerät. Das gegliederte Schulsystem kann soziale Durchlässigkeit nicht gewährleisten und muss abgeschafft werden. Ein gutes Schulsystem ist dafür notwendige, nicht aber hinreichende Bedingung: die in der bremischen Verfassung garantierte Lernmittelfreiheit muss effektiver umgesetzt werden. Wenn außerschulische Nachhilfe zur Regel wird statt zur Ausnahme wird, stellt dies eine Teilprivatisierung schulischer Bildung dar. Den Schulen müssen im Rahmen des Ganztagschulprogramms die Möglichkeit nutzen, dieser Entwicklung zu entgegentreten.

Zusätzlich wollen wir, beispielsweise durch „Politiktage“, in die Schulen gehen und vor Ort überzeugen. Hierfür wird die bessere Vernetzung mit den SchülerInnenvertretungen angestrebt. Die Zahl der Juso-Mitglieder im Schulalter müssen wir steigern. Die Gründung einer Juso-SchülerInnengruppe wird angestrebt. Der Vorstand wird ein/e Schülerbeauftragte/n ernennen, der für die Koordinierung dieses Gebietes zuständig ist. Die Aktivitäten in diesem Bereich werden wir eng mit der Juso-Landesorganisation abstimmen.

4. Universität und Hochschule

Die Hochschulen stellen als Oberzentren des öffentlichen Lebens Schlüsselinstitutionen dar, die es für die Jusos zu besetzen gilt. Die Jusos werden daher die Hochschulgruppe AStA für Alle (AfA) in ihrer Arbeit an der Universität unterstützen und bei Überschneidungen in der Arbeit eng kooperieren. Wo sinnvoll, werden Veranstaltungen gemeinsam durchgeführt. Bei den Uni-Wahlen im Frühsommer bieten sich für uns gute Chancen, mit AfA die Universität für die Jusos zurückzuerobern. Diese Gelegenheit werden wir mit aller Kraft nutzen. Der Vorstand unterstützt ausdrücklich die Bemühungen zur Gründung einer Hochschulgruppe an der Hochschule Bremen und wird diese koordinieren. Dabei können für beide Gruppen Synergieeffekte und neue Schlagkraft entstehen, die die Position der Jusos bei den Studierenden stärken.

Inhaltlich bleiben unsere Überzeugungen in der Hochschulpolitik klar: wir lehnen jede Art von Studiengebühren konsequent ab und fordern weiterhin Reformen für mehr Selbstbestimmung und Durchlässigkeit im Bachelor- und Master-System. Die einkommensunabhängigen Stipendien der schwarz-gelben Klientelregierung lehnen wir ab. „Wer hat, dem wird gegeben“ ist mit den Jusos nicht zu machen. Wir werden uns für eine solidarische Studienfinanzierung einsetzen, die soziale Hürden abbaut statt Mittel an unnötigen Stellen zu verschwenden.

5. Vernetzung mit nahestehenden Organisationen

Die Vernetzung mit den Jusos nahestehenden Organisationen ist Voraussetzung dafür, gesellschaftliche Trends zu erkennen und aufzunehmen. Neben der Zusammenarbeit mit den Hochschulgruppen strengen wir ein engeres Verhältnis zu Jugendorganisationen wie SJD - Die Falken, dem Jugendwerk der AWO und ähnlichen an. Im Rahmen der geplanten Aufklärungsarbeit für Jugendliche über Faschismus, rechte Organisationen und den Handlungsmöglichkeiten gegen Rechts ist ein enger Draht sowohl zu den SchülerInnenvertretungen und der GesamtschülerInnenvertretung als auch zu antifaschistischen Organisationen und Initiativen unerlässlich.

Die Interessen der ArbeitnehmerInnenschaft müssen bei den Jusos offene Ohren finden. Der Aufbau eines engeren Verhältnisses zu den Gewerkschaften ist dafür unerlässlich. Dies gilt insbesondere für den 1. Mai, an dem wir erneut lautstark unsere Vision einer gerechten Arbeitswelt einfordern werden. Geplant ist hierfür, am Maiwochenende die Neuauflage von ‚Redfront Reloaded‘ am Osterdeich zu organisieren.

6. Unsere Arbeit in der SPD

Jusos müssen laut sein. Es muss unser Anspruch sein, unsere Rolle als treibende Kraft der bremischen Sozialdemokratie weiterhin wahrzunehmen und auszubauen. Wir werden, wo es uns sinnvoll erscheint, vermehrt inhaltliche Anträge auf den Versammlungen der Partei stellen und unserer Haltung Gewicht verleihen. Auf die Einhaltung von angenommenen Juso-Anträgen durch die Partei werden wir genauestens achten. Weiter werden wir uns auch institutionell positionieren: Projekte wie den Aktivitätenfonds des Unterbezirks werden wir nicht aufgeben - die Mittel müssen für die bereitstehen, die aktiv sind. Für all das ist es nötig, dass Jusos verstärkt in den Gliederungen der Partei aktiv werden. Ziel muss es sein, eine starke Stellung der Jusos auf Parteitag zu sichern.

Weiter werden wir, wo sich geeignete Kandidatinnen und Kandidaten finden, eigene Nominierungen für den Unterbezirks- und Landesvorstand der SPD vornehmen.

7. Medienarbeit und öffentliche Präsenz

Unsere Öffentlichkeitsarbeit müssen wir verbessern. Um regelmäßig in den Medien vertreten zu sein, müssen wir hier zu einer effizienten Arbeitsteilung kommen und die Taktzahl und Reaktionsfähigkeit unserer Medienarbeit erhöhen sowie die MedienvertreterInnen regelmäßig zu Veranstaltungen einladen. Dafür wird der Vorstand ein/e Beauftragte/n für die Medienarbeit ernennen.

Zu unserem öffentlichen Auftritt zählt in massiver Weise unsere Homepage. Diese muss dringend aktueller als bisher gehalten werden. Der Vorstand wird darüber hinaus ein/e Internetbeauftragte/n ernennen, die oder der für die handwerkliche Aktualisierung der Homepage verantwortlich zeichnet. Gleichzeitig ist es die Verantwortung aller Vorstandsmitglieder, durch regelmäßige Beiträge, Status-

aktualisierungen und "tweets" zu wechselnden Themen für einen lebhaften Auftritt in sämtlichen sozialen Netzwerken im Internet zu sorgen. Hier sind Beiträge aller Mitglieder ausdrücklich willkommen.

Potentielle Neumitglieder und nicht zuletzt JungwählerInnen wollen wir durch Juso-Präsenz unabhängig von der SPD für unsere Arbeit begeistern. Dafür werden die Jusos ein eigenes Wahlprogramm zur Bürgerschaftswahl 2011 erarbeiten, mit dem die Altersgruppe gezielt angesprochen werden soll. Neben der Behandlung von Themen der Landespolitik werden wir offensiv die schwarz-gelbe Bundespolitik angreifen. Gleichzeitig soll der Katalog intern dazu dienen, unsere Forderungen an das Wahlprogramm der SPD deutlich zu machen und diese durchzusetzen. Die Werbung neuer Mitglieder ist stets ein zentraler Auftrag der Jusos. Mit guter Öffentlichkeitsarbeit können wir Interessierte und SympathisantInnen aktivieren. Persönliche Netzwerke bleiben wegen ihrer notwendigen Dynamik aber unerlässlich. Dazu kann jedes einzelne Mitglied einen Beitrag leisten. Mit Aktionen und Projekten, die Menschen zusammen führen sollen, wollen wir diese Ressourcen effektiver nutzen.

8. Arbeitsweise des Vorstandes

Der Vorstand der Jusos Bremen-Stadt gewährleistet gegenüber seinen Mitgliedern größtmögliche Transparenz. Seine Sitzungen sind grundsätzlich verbandsöffentlich. Keine Vorstandsfunktion inne zu haben ist kein Ausschlusskriterium für die aktive Mitgestaltung der Juso-Arbeit, im Gegenteil: Wer Ideen einbringen oder Verantwortung für ein Projekt übernehmen will, ist ausdrücklich eingeladen, sich einzubringen. Der Vorstand wird intern zu einer sinnvollen und effektiven Arbeitsteilung kommen: Jedes Mitglied wird mindestens eine Mitgliederversammlung thematisch vorbereiten. Die Mitglieder des Vorstandes übernehmen jeweils Verantwortung für einzelne Zuständigkeitsbereiche und Inhalte dieses Arbeitsprogramms.